

Parolen zur kantonalen Abstimmung über die Wahlkreisreform

PdA Bern sagt Ja zur Verfassungsänderung und Nein zur Änderung des Gesetzes

Die Verfassungsänderung kann man annehmen, da eine Sitzgarantie für die bald nicht mehr existierenden Amtsbezirke obsolet werden wird. Gegen eine angemessene regionale Vertretung auch der Randregionen wäre zwar nichts einzuwenden, jedoch würden nur die grössten Parteien davon profitieren. Für ein eigentlich anzustrebendes, wirkliches Abbild des Volkes im Parlament wären Geschlechterparität, originalgetreue Abbildung von Altersstrukturen und Berufsgruppen und der Einsitz von AusländerInnen im Parlament wichtig. Elementar wäre auch, dass die Wahlresultate nicht durch ungleiche Werbebudgets verzerrt werden.

Die Gesetzesänderung hingegen ist klar abzulehnen. Die Anpassung der Wahlkreise an die neuen Verwaltungsregionen und -kreise wäre zwar unbestritten und logisch, doch ist der Vorschlag des Grossen Rates, geprägt von den Regierungsparteien, ein von Willkür und Machterhaltung durchgesetztes Produkt. Die Wahlkreise werden von 8 auf 9 erhöht. Das heisst, dass das natürliche Quorum steigt. Hatten vorher die drei grössten Wahlkreise 28, 26 und 25 Sitze, werden es nur noch 25, 22 und 20 sein. Gäbe ein Wahlkreis der Region Emmental-Oberaargau 27 Sitze her, wird der Wahlkreis nach den Verwaltungskreisen Oberaargau (12) und Emmental (15) bemessen. Auch ist es nicht ersichtlich, warum die Verwaltungsregion Bern-Mittelland, welche nicht wie alle anderen Regionen noch in Verwaltungskreise unterteilt ist, eigens für die Wahlen in drei Wahlkreise aufgesplittet werden soll. Ein Wahlkreis mit 62 Sitzen gäbe ein besseres Abbild der Parteienlandschaft ab. Doch die grossen Parteien gingen nicht einmal auf den Kompromissvorschlag von zwei Wahlkreisen ein. Denkbar wäre z.B. eine Erweiterung des Wahlkreises Stadt Bern um umliegende Agglomerationsgemeinden gewesen. Stattdessen wird in künstlicher Weise die Verwaltungsregion Bern-Mittelland in drei Wahlkreise aufgeteilt, sodass sogar benachbarte Gemeinden, die vorher noch demselben Amtsbezirk angehörten, auf einmal sich in verschiedenen Wahlkreisen befinden, so wie es sich mit dem Amtsbezirk Konolfingen verhält, der sich so zum Teil im Wahlkreis Mittelland Nord, zum Teil im Wahlkreis Mittelland-Süd wiederfinden wird. Gerade dieses Gebastel beweist, dass es den grossen Parteien einzig und allein darum ging, die kleinen rauszuhalten. Die Reform ist aufgrund dieser Ausführungen abzulehnen und neu aufzurollen.

Die PdAS-Positionen für die eidgenössischen Abstimmungen sind übrigens allesamt unbestritten in der PdA Bern, was eine Ablehnung der Kinderporno-Initiative bedeutet, ein Ja zur Initiative für ein flexibles Rentenalter, Nein zur Abschaffung des Verbandbeschwerderechts, ein Ja zur Jugendschutzinitiative für Hanfkonsum und auch zum Betäubungsmittelgesetz.

PdA Bern, 23.11.08